

Antworten auf dem Panel

Die Zukunft Griechenlands in der EU

08. Juni 2015, Berlin

Yanis Varoufakis

1:15:49 – 1:20:45

Ich denke, wir sind da völlig einer Meinung. Ich stimme in allem, was ich gehört habe, überein, möchte nur an der einen oder anderen Stelle etwas ergänzen. Lassen Sie mich nur den häufig missverstandenen allgemeinen Punkt klar machen. Wir haben eine Währungsunion und ... eine gemeinsame Währung; und wenn ein Teil von einer Krise betroffen ist, haben wir sofort ein Problem, sobald Schulden vorhanden sind. Wenn keine Schulden vorhanden sind, ergibt die Logik der inneren Abwertung durchaus einen Sinn. Statt nun die Drachme abzuwerten und damit unsere Exporte billiger und unsere Importe teurer zu machen, könnten wir auch unsere Einkommen und im selben Umfang auch die Preise senken und es ergäbe sich ein Gleichgewicht. Kein Gleichgewicht herrscht allerdings, wenn man bereits viele Euro Schulden hat, weil die Abwertung im Gegenzug bewirkt, dass zwar die Einkommen sinken, nicht aber die Schulden, ob es sich nun um private oder öffentliche Schulden handelt, und dann steckt man fest und braucht ein Rettungsprogramm. Dann kommt es zu diesem Zyklus. Die Abwertung bewirkt im Gegenzug also den Grexit, Italexit, Spanexit oder irgendetwas-Exit. Wir müssen daher in der Lage sein, auf asymmetrische Rezessionen so zu reagieren, dass ihnen dort entgegengewirkt wird, wo sie auftreten. Im Moment haben wir eine antideflationäre Politik der Europäischen Zentralbank, die quantitative Lockerung, deren Hauptstoßrichtung aufgrund ihrer Konzeption auf Deutschland ausgerichtet ist und so werden immer mehr deutsche Anleihen gekauft. Das führt hier in Deutschland zu Problemen in der Versicherungsbranche, weil die Zinserträge der Anleihen abstürzen. Und wenn, lassen wir Griechenland einmal beiseite, Spanien deutlich weniger Hilfe bei seinen Deflationsproblemen bekommt, ist das ein strukturelles Problem.

Nebenbei bemerkt: Unsere Löhne sind um 38 % gefallen; nicht 17 %, nicht 18 %, nicht 28 %, nein: 38 %. Einige mögen jetzt sagen: Das geschieht Euch recht, Ihr habt über Eure Verhältnisse gelebt, habt nicht genug produziert, wart faul, habt lange Ferien und lange Mittagspausen gemacht. Das mag vielleicht so sein. Ich möchte dieser Argumentation auch gar nicht widersprechen. Ich möchte vielmehr folgenden Punkt anführen: Wir haben einen Lohnrückgang von 38 %, wir haben eine deutliche Verringerung der Unternehmenskosten und dennoch ist unsere Exportleistung schwach. Das ist vorher nie geschehen, nirgendwo. Das ist ein grundlegendes Versagen. Die Leute sagen, das ist so, weil Griechenland keine Reformen durchgeführt hat. Selbst, wenn nichts passiert wäre – und es stimmt nicht, dass wir keine Reformen durchgeführt haben – aber lassen Sie uns davon ausgehen, dass ich es um der Argumentation willen akzeptiere, die Tatsache einer so großen Reduzierung der Lohnkosten ohne Exportsteigerung zeigt, dass etwas wirklich schief gelaufen ist. Was ist schief gelaufen? Die Banken. Wir haben also in Griechenland exportorientierte Unternehmen mit vollen Auftragsbüchern – und Rentabilität – und sie bekommen keine Kredite. Dadurch sind sie nicht in der Lage, das benötigte Rohmaterial zu kaufen, um ihre Kunden außerhalb Griechenlands mit den gewünschten Produkten zu beliefern. Sie wenden sich an die Banken und erhalten als Antwort: „Wir können Euch wegen der vielen notleidenden Kredite kein Geld geben.“ Und wissen Sie, was man ihnen in Frankfurt oder Paris sagt? Verlegt eure Zentrale hierher und dann geben wir euch Geld. So sollte eine Währungsunion nicht funktionieren.

Bei der Frage der Steuerhinterziehung haben wir es mit zwei Problemen zu tun. Zum einen müssen wir herausfinden, wer Steuern hinterzieht. Wir haben bereits ein Projekt auf den Weg gebracht, bei dem Kontobewegungen, Banküberweisungen, inner- wie außerhalb Griechenlands, und Steuererklärungen algorithmisch miteinander verglichen werden. Wir hoffen hier schon bald auf positive Ergebnisse.

	<p>Wir haben bereits Steuerbetrüger ermittelt, aber dieses wichtige Projekt muss abgeschlossen werden. Wir benötigen dazu die Mitwirkung des Bankensektors und der Bürokratie. Aber es ist offensichtlich, dass dieses Problem gelöst werden muss. Dann gibt es aber noch ein zweites Problem. Nehmen wir an, wir erwischen die Steuerbetrüger. Wir benötigen auch eine Reform des Rechtssystems, weil die Justiz bzw. die Gerichte nicht ordentlich funktionieren, und zwar in dem Sinne, dass so viele Fälle auf Halde liegen, dass, wenn ein Fall endlich verhandelt wird, bereits zehn Jahre vergangen sind, insbesondere wenn man Berufungen und Revisionen mit einbezieht. Diese wichtigen Reformen sind unbedingt notwendig. Hier benötigen wir die Unterstützung der Institutionen. Wir brauchen die Institutionen aber nicht, um uns zu sagen, dass wir die Mehrwertsteuer erhöhen sollen. Wir wollen Hilfe da, wo es darauf ankommt.</p>
<p>1:29:42 – 1:35:18</p>	<p>Vielen Dank auch Ihnen. Ich kann auch hier nur schwer widersprechen. Lassen Sie mich mit Ihrem ersten Punkt anfangen, dass wir nämlich von der Schuldenkrise und der Art und Weise, wie die Finanzkrise eine Bedrohung für die Eurozone darstellte, überrascht gewesen seien. Ich denke nicht, dass uns das hätte überraschen sollen. 1971 veröffentlichte Professor Nicholas Caldera von der Universität Cambridge einen Artikel in der Zeitschrift The Statesman, in dem er ausführte, dass, wenn die Europäer den Fehler machten, eine Währungsunion vor der politischen Union einzuführen, das Ergebnis die Auflösung der Europäischen Union sein werde. Denken Sie einmal darüber nach: Wir haben versucht, die politische Union durch Regeln zu ersetzen. Nun, wenn Regeln das Problem lösen könnten, warum gibt es dann keine Regel für die Abschaffung von Armut – oder von mir aus auch von Haarausfall? Regeln funktionieren nicht, wenn man nicht über die richtigen Institutionen verfügt. Denken Sie nur an Spanien und Irland und vergleichen Sie diese Länder mit Griechenland. Die spanische Regierung bzw. Regierungen und die Iren waren sehr wachsam, was Schulden betrifft. Tatsächlich hatten sie keine. Diese Länder hatten nur eine sehr geringe Verschuldung, deutlich unter den Maastricht-Kriterien, aufgrund ihrer Lage in der Peripherie und ihrem Verhältnis zum Überschussland sowie dem von dort kommenden Kapital-Tsunami, den ich in meinem Vortrag beschrieben habe, war es am Ende so, dass die öffentliche Verschuldung zwar sehr niedrig war, nicht aber die private. Die Gesamtverschuldung war enorm, weil wir in einer Währungsunion leben, die für das Management dieser Überschüsse und den Kapitalfluss nicht konzipiert ist. Als dann die Immobilienmärkte in Spanien und Irland kollabierten, wurden die Schulden letztlich vom Staat übernommen, sodass es plötzlich zu einer explosionsartigen öffentlichen Verschuldung kam; diese war aber die Kehrseite dessen, was ich vorhin beschrieben habe: die Ungleichgewichte ... die inneren Ungleichgewichte einer mangelhaft konzipierten Eurozone. Und mit Regeln können Sie diese Probleme nicht lösen. Was es braucht, sind Institutionen.</p> <p>Wie hätten wir denn auf diese Krise reagieren sollen? Gestatten Sie mir, kurz zu sagen, dass wir diese Diskussion ewig führen könnten, wir aber nicht die Zeit dafür haben. Und auch nicht die Energie. Ich denke, wir hätten ganz einfach drei Bereiche europäisieren sollen: einen Teil der Schulden, die Banken, wie Sie gesagt haben, und wir hätten bei den Gesamtinvestitionen eine europäische Strategie gebraucht. Geht das überhaupt ohne eine politische Union? Ich denke schon. Aber das erfordert eine lange Diskussion. Wir hätten zum Beispiel ... Nehmen Sie beispielsweise die Schulden eines Landes wie Spanien, Italien oder Griechenland, ja sogar Deutschland, teilen Sie diese auf in einen Teil, der den Maastricht-Kriterien entspricht, und dem Rest. Die EZB hätte nur den Teil der Schulden stützen müssen, die den Maastricht-Kriterien entsprechen, so wie das jetzt geschieht, um eine</p>

	<p>Zinsdifferenz zwischen guten Schulden und schlechten Schulden zu erzeugen und so die Motivation, schlechte Schulden zu machen, zu verringern. Die Gesamtverschuldung wäre dadurch leichter zu handhaben und zu bedienen. Für dieses Vorgehen könnte man Regeln aufstellen, für die keine parlamentarischen Verfahren bzw. keine politische Union nötig sind. Wir könnten bessere Regeln haben, aber das ist ein institutioneller Eingriff. Mit den Banken haben Sie recht. Wir brauchen Banken. Wir müssen Banken retten. Wir können nicht zulassen, dass die Ersparnisse der Menschen verloren gehen. Das Bankensystem ist der Blutkreislauf des Organismus. Es ist aber das Eine zu sagen, wir sollten die Banken retten, aber etwas ganz anderes, wenn wir die Banker retten. Und wir haben die Banker auf Kosten der Bürger gerettet, oder etwa nicht? Und glauben Sie mir, dass ich nicht für eine radikale Lösung plädiere – denken Sie an Schweden 1992. Schweden hat das auch nicht getan. Sie haben die Banken gerettet, indem sie sie verstaatlicht und innerhalb eines Jahres wieder an den privaten Sektor verkauft haben – nicht an dieselben Leute oder zumindest wurden sie nicht mehr in dieselben Hände übergeben. Das ist der einzige Weg – das ist Südkorea 1998. So hätten wir es machen sollen. Das haben wir nicht und so zahlen wir den Preis dafür. Sie erwähnten den November 2012 und die Idee, die es schon immer gab, nämlich die griechischen Schulden tragfähig zu machen, indem man unsere Zinszahlungen nicht an nominale BIP-Ziele koppelt. Das ist meiner Meinung nach eine gute Idee. Weil es ein Statement ist. Es ist eine Ankündigung an die ganze Welt, dass sich Europa zum Partner griechischen Wachstums macht, dass es jetzt ein berechtigtes Interesse daran hat, dass Griechenland wächst, weil die eigenen Rückzahlungen davon abhängen. Der Ankündigungseffekt ist von großer Bedeutung. Er bringt mehr Investoren nach Griechenland, weil sie der Meinung sind: „Gut, Europa hat nun ein berechtigtes Interesse, dass dieses Land nicht noch weiter abrutscht.“</p> <p>Und schließlich zum Thema europäische Verteidigungsgemeinschaft: Natürlich sollten wir eine europäische Verteidigung aufbauen und ich kann Ihnen versichern, dass wir in Griechenland zwischenzeitlich ein deutlich geringeres Schuldenproblem hätten, weil unser Verteidigungshaushalt drei bis vier Mal größer gewesen ist als der deutsche.</p>
1:44:24 – 1:51:31	<p>Herzlichen Dank, insbesondere für die Solidarität, die in Ihrem Vortrag zu spüren war. Aber lassen Sie mich die drei schwierigen Fragen beantworten, die Sie mir gestellt haben. Die einfachen Dinge werde ich nicht alle ansprechen. Es geht also um drei Punkte: Wachstumsstrategie, Reform des öffentlichen Sektors und Nationalismus. Ich beginne mit der Wachstumsstrategie.</p> <p>Ohne Investitionen ist es sehr schwierig, eine Wachstumsstrategie zu entwickeln. Wir müssen also sowohl Investitionen als auch Kredite in Gang bringen. Wir haben beides nicht, und zwar wegen der notleidenden Kredite, die eine schwere Belastung für das Bankensystem darstellen. Ich möchte Ihnen eine Idee vorstellen, über die wir nachdenken und deren Umsetzung wir planen, aber natürlich geht das wie alles andere erst, wenn die Verhandlungen mit den Institutionen abgeschlossen worden sind. Sie wissen ja, das Leben wurde bis auf Weiteres außer Kraft gesetzt, bis die Verhandlungen abgeschlossen sind. Gut. Wir haben uns verpflichtet, die Privatisierung voranzutreiben, aber nicht in Form eines Ausverkaufs. Was wir ändern werden, sind erstens Mindestinvestitionssummen für Privatleute, die Vermögenswerte erwerben, was eine Investitionswelle erzeugt. Zweitens wollen wir einen Anteil für den Staat behalten, keinen mehrheitlichen, aber dennoch einen substantiellen Anteil – nicht, weil wir „Kontrollfreaks“ sind und die Firmen unter Kontrolle haben wollen, sondern, weil wir diesen Anteil in eine neue Entwicklungsbank einbringen wollen, als Sicherheit, zusammen mit anderen</p>

Vermögenswerten, insbesondere Immobilienbesitz des Staates, die wir nicht verkaufen, sondern entwickeln wollen, indem wir den Wert durch mikroökonomische Reformen bzw. Reformen des Eigentumsrechts steigern. Diese Entwicklungsbank arbeitet dann Seite an Seite mit dem privaten Sektor und den privatisierten Unternehmen. Diese können sich beispielsweise an Investitionsfinanzierungen der EIB beteiligen, die Entwicklungsbank kann Geschäfte mit der EIB, mit privaten Investoren, privaten Banken, mit der KfW, der EBWE und dem Juncker-Plan tätigen und die Investitionen in sorgfältig ausgewählten Bereichen in Gang bringen, anstatt neue Blasen aufzubauen, also keine „schmutzige Energie“ oder „schmutziges Wachstum“, sondern zum Beispiel „grüne“ Entwicklungen in Bereichen wie Bio-Landwirtschaft, umweltfreundlicher Transport, grüne Energien, Solarenergie und so weiter. Auf diese Weise wollen wir das Problem von Wachstum und Investitionen angehen. Wir brauchen dazu aber auch ein funktionierendes Bankensystem. Dafür benötigen wir das noch verbleibende Polster von ca. 10,9 Mrd. Euro aus dem Rettungsschirm, um die Banken wieder mit Kapital zu versorgen und insbesondere das Vehikel des Capital-Asset-Management, ich will nicht „Bad Bank“ dazu sagen, für die Abwicklung der notleidenden Kredite zu nutzen. Um also Ihre Frage zu beantworten: Das ist unsere Wachstumsstrategie.

Dann stellt sich die Frage einer Reform des öffentlichen Sektors. Sie haben zu Recht von konkreten Vorschlägen, von Korruption und der Art und Weise gesprochen, wie wir die Belastungen durch die Bürokratie verringern und ein Umfeld schaffen können, damit Start-up-Unternehmen „atmen“ können und junge Unternehmer nicht von der Last der Bürokratie und Korruption zu Boden gedrückt werden. Ich darf Sie nur daran erinnern, dass Korruption gerade in jenen Staaten entsteht, deren Wirtschaft zusammenbricht. Wenn man Finanzbeamten immer weniger Geld zahlt, schafft man auch immer mehr Anreize für Korruption. Wachstum und der Kampf gegen Korruption gehen also Hand in Hand. Man kann sie nicht unabhängig voneinander betrachten. Sie haben eine sehr wichtige Frage gestellt, die mich wirklich aufregt, nämlich die Frage eines neuen Klientelismus, bei dem alte Seilschaften durch neue ersetzt werden. Wir versuchen nach Kräften, genau das nicht zu tun. Aber ich weiß natürlich auch, dass sich nichts so schnell wieder entwickelt wie Privilegien und Klientelismus. Viele sozialistische und sozialdemokratische Parteien haben in der Vergangenheit nicht die Gesellschaft verändert, sondern sich selbst, und wir sind uns dieser Gefahr ständig bewusst. Wir kämpfen bis zum Äußersten gegen uns selbst, um genau das nicht zu tun.

Schließlich zum Thema Nationalismus. Sie werden verstehen, dass das ein sehr sensibles Thema ist, erstens weil SYRIZA eine Partei überzeugter Antinationalisten ist. Wir sind eine Partei von Migranten, von Aktivisten, die sich auf die Seite von Migranten und gegen alle Formen von Stammesdenken, Nationalismus und Menschenverachtung gestellt hat. Bei keinem dieser Bürgerrechts- und antinationalistischen Themen hat SYRIZA nicht an vorderster Front gekämpft. Sie werden also verstehen, dass wir vor der Bildung einer Regierung mit einer Partei, die sozusagen ganz anders geprägt ist, unser Gewissen eingehend geprüft haben und mit Widersprüchen zu kämpfen hatten. Ich will hier nicht um den heißen Brei herumreden, sondern ehrlich mit Ihnen sein. Aber ich muss Ihnen auch sagen, dass unsere Koalitionspartner bislang im Rahmen unserer Regierung bemerkenswerte Kooperationsbereitschaft gezeigt haben. Sie haben akzeptiert, dass sie nur sehr wenige Themen besetzen können und sich an diese gehalten. Lassen Sie mich ein Beispiel geben. Wir haben gerade erst den Prozess eingeleitet, Kindern von Migranten die griechische Staatsbürgerschaft zu gewähren – gegen alle

	<p>Widerstände der rechten Parteien. Unsere Koalitionspartner haben sich dem nicht widersetzt. Wir haben also einen guten Modus Vivendi gefunden, in dessen Rahmen wir mit ihnen zusammenarbeiten und dabei die Unterschiede zwischen uns beibehalten. Persönlich und von Angesicht zu Angesicht kann ich nur sagen, dass ich auch nicht den kleinsten Hauch von Rassismus, Nationalismus oder Menschenhass akzeptieren oder dulden werde.</p>
<p>1:58:50 – 2:06:50</p>	<p>Vielen Dank. Das sind vier überaus wichtige Punkte und Fragen. Die erste bezieht sich auf den erwähnten Ansturm auf die Banken. Lassen Sie mich kurz erwähnen, dass dieser Ansturm im Dezember begonnen hatte. Unsere Regierung wurde am 25. Januar gewählt. Um an der Macht zu bleiben, hat unsere Vorgängerregierung in ihrer unendlichen Weisheit beschlossen, einen Ansturm auf die Banken auszulösen, indem sie das Gerücht streute, dass, wenn wir gewählt würden, die Geldautomaten am nächsten Morgen schon kein Geld mehr ausgeben würden. Für eine Regierung im Amt ist nichts leichter als einen Bankensturm auszulösen. Können Sie sich vorstellen, dass Dr. Schäuble zu den Deutschen sagt: „Wenn wir die Wahlen nächste Woche verlieren und laut Umfragen geschieht das, wird die Deutsche Bank schließen und falls Sie dort ein Konto haben, dann war es das. Sie werden nicht mehr an Ihr Geld kommen.“ Das ist unglaublich, dass eine Regierung im Amt so etwas lostritt. Dann aber, nach unserem Sieg, konnte man sehen, dass diese Drohung institutionalisiert wurde. Die Europäische Zentralbank verringerte den Umfang, bis zu dem unsere Regierung während der Verhandlungen Schatzwechsel ausgeben konnte, von 15 Mrd. auf 9 Mrd. und dann gab es diese ganzen Drohungen oder Gerüchte durch Reuters und Bloomberg, dass die Europäische Zentralbank damit beginnen würde, Kapitalkontrollen einzuführen, und all das hat zur Psychologie beigetragen, die Sie, Gustav, beschrieben haben.</p> <p>Im Sommer 2012 wurde der Euro vom Präsidenten der Europäischen Zentralbank mit nur einem Satz gerettet: „Ich werde tun, was immer notwendig ist, um den Euro zu retten.“ Niemand hat gesagt, wir würden tun, was immer notwendig ist, um Griechenland im Euroraum zu halten. Wäre das gesagt worden, hätte es keinen Bankensturm gegeben. Die Griechen wollen ja gar nicht ihr Geld von der Bank abheben. Sie sind ganz normale Menschen, die auf eine Kultur und Strategie der Angst reagieren. Und für mich ist das nicht nur bedenklich, sondern auch verwirrend, weil Mario Draghi noch im November kurz und bündig und richtigerweise erklärt hatte, dass der Euro an jedem Ort ein Erfolg sein müsse, wenn er überall erfolgreich sein wolle. Sicherlich gehört zu „jedem Ort“ auch Griechenland.</p> <p>Zum zweiten Teil, zum Thema Rückzahlung der Schulden und deren Umwandlung, werde ich oft gefragt: „Warum sollten wir Deutsche, Slowaken, Portugiesen Euch einen neuen Handel für die griechischen Schulden anbieten?“ Nun, die Antwort lautet: Weil es der einzige Weg ist, wie Ihr Euer Geld zurückbekommt. Das ist keine Drohung. Ich sage nicht, dass ich Ihnen als Finanzminister drohe, Ihr Geld nicht zurückzuzahlen; ich sage vielmehr ganz direkt: Wenn es zum Grexit kommt, wovon ich überzeugt bin, dass es nicht passieren wird, aber wenn wir die Eurozone verlassen müssten, könnten wir auch nichts in Euro zurückzahlen. Das ist ganz einfach. Ein Zehnjähriger kann das verstehen. Wir brauchen also eine funktionsfähige Regelung oder Übereinkunft, anders als die bisherigen Programme, die eben nicht funktioniert haben.</p> <p>Wie Sie ganz richtig gesagt haben, und das ist eine Tatsache, sind die Löhne in Griechenland stärker gefallen als die Preise. Aber, Gustav, denken Sie bitte noch</p>

einmal darüber nach. Das ist bis zu einem gewissen Grad auch verständlich, weil es bei einer so enormen und tiefgreifenden Rezession einfach dazu kommt, dass so viele Unternehmen insolvent werden, also dichtmachen müssen. Sie stehen dann auch nicht mehr im Wettbewerb miteinander. Die überlebenden Firmen in den jeweiligen Branchen haben es plötzlich mit deutlich weniger Konkurrenz zu tun. Es findet also kein Wettbewerb statt. Während einer massiven Rezession geht auch der Wettbewerb zurück. Dann kommt es zur Monopolbildung. Gut, es gab schon immer viel Monopolismus in Griechenland, aber es wird noch mehr, weil Folgendes geschieht: Der zu verteilende Kuchen ist kleiner geworden, aber es gibt auch deutlich weniger Mitspieler, die ihn unter sich aufteilen müssen. Einige von ihnen können sogar ihren Gewinn steigern, weil ihr Stück vom Kuchen viel größer ist als zuvor, selbst wenn der Kuchen insgesamt kleiner ist.

[Das ist aber nicht der einzige Grund]

Das ist nicht der einzige Grund, aber es ist ein Grund. In einer starken Rezession haben Sie eine Monopolbildung, eine Konzentration. Daneben haben wir aber natürlich auch noch monopolistische Praktiken. Lassen Sie mich ein Beispiel geben: Supermarktketten nutzen ein Nachfragemonopol gegenüber ihren Lieferanten und zwingen sie damit zu akzeptieren, dass zum Beispiel das Bewerben eines Lieferantenprodukts im Supermarkt ohne Rechnungstellung erfolgt. Damit können diese Firmen, also die Lieferanten, sich das Geld nicht vom Finanzamt zurückholen. Das ist ein Punkt, gegen den wir etwas tun müssen.

Das Problem mit der Troika allerdings, das Problem mit den Institutionen ist, dass hier sehr stark betont wird, mehr Wettbewerb zu schaffen, indem man beispielsweise Ketten und großen Unternehmen aus Nordeuropa Zugang zum Milchmarkt gewährt, dass man ihnen erlaubt, 7 Tage alte Milch als Frischmilch gegen die Interessen der lokalen Produzenten zu verkaufen, die Frischmilch anbieten, die gerade einmal 2 Tage alt ist. Und es wird sehr wenig Wert gelegt darauf, den lokalen Produzenten gegen die Monopole beizustehen, die im griechischen Markt unaufhaltsam und ohne Beschränkung wachsen.

Schließlich zu Ihrer Frage der Demokratie. Einer der traurigsten Momente in meiner bisherigen Zeit als Minister war es, in einer Konferenz der Eurogruppe gesagt zu bekommen, dass es nicht viel zählt, dass wir neu ins Amt gewählt sind und ein neues Mandat besitzen, weil Demokratie nichts bewirken kann, wenn man es mit Verträgen und Kreditvereinbarungen zu tun hat. Lassen Sie mich Ihnen sagen, dass, wenn das wahr ist, es vielleicht ehrlicher wäre, Wahlen in verschuldeten Ländern auszusetzen. Ist das die Europäische Union, die wir uns wünschen?

Allgemeiner und so möchte ich diesen Einwurf auch beschließen: Überlegen Sie sich bitte, wie wir Entscheidungen über die Eurozone, über Deutschland und Frankreich und nicht nur über Griechenland, Spanien und Irland treffen. Wir haben ein Komitee, die Eurozone, Entschuldigung, die Eurogruppe, wo diese sehr wichtigen Entscheidungen getroffen werden. Wem ist dieses Komitee eigentlich Rechenschaft schuldig? Man könnte natürlich sagen, dass ich gewählt worden bin, ebenso wie Dr. Schäuble und Michel Sapin und wir alle unseren Parlamenten Rechenschaft schuldig sind. Das stimmt auch. Aber reicht das? Ich kann Ihnen versichern, dass ich als Finanzminister von Griechenland in der Entscheidungsfindung der Eurogruppe ganz sicher nicht viel bewirken werde. Ich kann mich immer an mein Parlament wenden und sagen: „Das konnte ich erreichen. Ich wollte diese Entscheidung nicht, aber das ist das Optimum, das ich erreichen konnte.“ Und ich denke, Dr. Schäuble kann das auch so machen und auch Michel Sapin und Pier Carlo Padoan. Die Tatsache bleibt, dass wir als eine Gruppe von Entscheidern keinem Parlament Rechenschaft schuldig

	<p>sind. Und das kann nicht gut sein für die Demokratie. Das entfernt uns weiter von einer Situation der Konvergenz, in der wir als Europäer verkünden könnten: „Wir, die Menschen, haben die Kontrolle über unser Leben.“</p>
<p>2:13:39 – 2:20:35</p>	<p>Ich bin ganz besonders bewegt von der Tatsache, dass Sie heute hier sind und wir diesen Dialog führen. Dafür möchte ich Ihnen danken. Genau so sollten wir es auch machen. Wir sollten keine verzerrte Sicht auf die Dinge haben, sondern einen direkten Dialog führen. Lassen Sie mich Ihnen sagen, dass ich, genau wie Sie, dass Menschen wie ich und viele meiner Kollegen, die jetzt in der Regierung sind, im Jahr 2010 auf den Straßen von Athen gegen den Rettungsschirm protestiert haben. Warum? Warum haben wir gegen den Rettungsschirm protestiert? Ich kann Ihnen Artikel zeigen, die ich geschrieben habe. Darin habe ich den Rettungsschirm als Skandal bezeichnet, angesichts der Tatsache, dass die griechische Schuldenlast nicht mehr tragfähig war. Übrigens handelte es sich ausschließlich um private Schulden. Zwar gab es öffentliche Schulden, aber nur gegenüber den Banken, privaten Banken – griechischen Banken, englischen und deutschen Banken. Plötzlich wurden diese Kredite nicht mehr bezahlbar, wir konnten sie nicht mehr bedienen. Und genau das bedeutet Bankrott für einen Staat, nämlich die Insolvenz. Was haben die damals Mächtigen unternommen? Die griechische Regierung? Ich war damals richtiggehend sauer auf die griechische Regierung, die angeführt wurde von einem Menschen, dem ich übrigens freundlich gesonnen war, Giorgos A. Papandreou. Ich war sauer auf diese Regierung, auf den IWF, auf Ihre Regierung, auf Europa. Warum? Weil wir die Menschen in Griechenland und in Deutschland täuschten. Wir sagten zu ihnen – und von Ihren Worten ausgehend, nehme ich an, dass wir uns einig sind –, dass der griechische Staat insolvent sei und wir ihm deshalb die größte Summe leihen würden, die in der Geschichte jemals einem insolventen Staat geliehen worden ist, und zwar unter den Bedingungen eines Sparkurses, durch den die Einkommen gesenkt werden, von denen die alten und die neuen Kredite bezahlt werden müssten. Meine Argumentation war, dass dies aus europäischer Sicht ein Riesenfehler ist, weil wir unsere deutschen Freunde und uns selbst belügen, wenn wir so tun, als könnten wir da rauskommen und unsere Schulden zurückzahlen. Heute ist diese Art von Regierung in Athen im Amt: Eine Regierung bestehend aus Politikern – ich war damals noch kein Politiker und bin das erst vor fünf Monaten geworden –, die gegen diesen Kredit des deutschen Steuerzahlers waren. Wir waren der Meinung, es sei Betrug. Wir hätten dieses Geld niemals von den deutschen Steuerzahlern leihen sollen und nicht nur nicht von diesen, sondern auch nicht von den slowakischen Steuerzahlern, die im Durchschnitt ärmer sind als die Griechen, von den portugiesischen, den irischen, den französischen, selbst nicht von den slowenischen Steuerzahlern. Und wir waren dagegen. Wir argumentierten: „Wir haben eine große Katastrophe erlebt und wir müssen damit umgehen. Wir müssen unsere Schulden neu strukturieren, also müssen wir eine Übereinkunft mit den Banken treffen. Die Steuerzahler der befreundeten europäischen Völker sollten damit nichts zu tun haben.“ Und heute als Minister sage ich: „Gut, wir haben diese Schulden jetzt. Ich bin dafür nicht verantwortlich, meine Regierung ist nicht dafür verantwortlich. Wir waren auf der Straße, um dagegen zu demonstrieren. Aber jetzt haben wir diese Schulden nun einmal. Wie können wir das meiste davon an Sie, an Ihre Steuerzahler zurückzahlen? Das ist die Frage. Und die Antwort lautet: nur durch Wachstum. Wenn ich akzeptiere, was die Institutionen von mir wollen, nämlich Primärüberschüsse von 3,5 %, von 4 %, was auch immer, 2,5 % im nächsten Jahr, dann wird das Wachstum in Griechenland nicht ausreichen, um Ihnen Ihr Geld zurückzuzahlen. Deshalb will ich nicht nur ein weiterer griechischer Minister sein, der Ihnen Versprechen gibt, von denen er weiß, dass er sich nicht halten kann. Und</p>

ich denke, Sie und ich sind in diesem Punkt Verbündete. Vergessen Sie einfach, dass Sie Christdemokrat sind und ich ein verrückter Linker. Vergessen Sie das einfach. Wir sind Europäer, die sich auf Grundlage der Logik in diesem Punkt verbünden sollten, mit Blick auf unsere Steuerzahler – Ihre und unsere Steuerzahler.

Zur Frage ... Sie erwähnten den Europäischen Stabilitätsmechanismus. Das ist alles ein Trick. Ich sage als Finanzminister, dass wir der EZB Geld schulden – nächsten Monat. Ich kann dieses Geld nicht zurückzahlen, jeder weiß das, ich habe das Geld ganz einfach nicht. Wo kann ich es mir also leihen? Von Ihnen? Von Ihren Steuerzahlern? Schon wieder? Nächsten Monat? Damit ich meine Schulden bei der EZB bezahle? Nehmen wir einmal an, ich mache das so. Dann wird es für mich umso schwieriger, an die Finanzmärkte zurückzukehren, um mir dort noch mehr Geld zu leihen, damit ich Ihnen etwas zurückzahlen kann. Deshalb wollen wir ... Der Vorschlag liegt auf dem Tisch, dass wir diesen Kredit der EZB auf den ESM übertragen, ganz einfach, um ihn langfristiger aufzustellen, ihn an unser Wachstum zu koppeln. Nicht, weil ich Sie und Ihre Steuerzahler betrügen möchte, sondern weil ich ein schnelleres Wachstum will, damit wir Ihnen Ihr Geld zurückzahlen können. Und dieses Projekt sollten wir gemeinsam besprechen und beschließen, wenn Sie wollen, dass Ihre Steuerzahler ihr Geld zurückerhalten. Genau das wollen wir nämlich, weil wir ein stolzes Volk sind, genau wie Ihres. Wir wollen keine Schulden, die wir nicht zurückzahlen können. Aber im Moment ist unsere Wirtschaft so stark geschrumpft, dass wir die 312 Mrd. einfach nicht haben, die wir anderen schulden. Ich empfehle nicht, dass wir die Schulden nicht zurückzahlen sollten. Ich sage nur: Helft uns zu wachsen, damit wir sie zurückzahlen können. Dafür ist eine Union da.

Was Ihren Punkt betrifft, stimme ich mit Ihnen überein. Wir sind eine Union sozialer Werte. Wir sollten an einem Strang ziehen. Ich glaube, dass jede Nation in Europa deutscher werden sollte, genauso wie Deutschland südländischer, mediterraner werden sollte. Darum geht es ja bei einem Schmelztiegel. Es geht darum, näher zusammenzurücken. Eine Schwierigkeit für uns alle, deutscher zu werden, liegt darin, dass wir nicht alle einen Handelsüberschuss haben können, außer, wir finden einen Weg, wie wir in das Universum exportieren können. Was wir brauchen ... Deutschland wird immer ein Überschussland bleiben, weil Sie diese hervorragende Industrie haben, auf die Sie sehr stolz sein können. Aber wir sollten uns alle zusammensetzen und Möglichkeiten finden, wie wir durch Ihre Überschüsse Investitionsprojekte in Italien, Griechenland oder anderswo in Europa fördern können, von denen die Deutschen wiederum profitieren und die nachhaltig sind und keine Blasen erzeugen, die dann platzen, was wiederum zu Problemen für Ihre Steuerzahler, unsere Steuerzahler und für ganz Europa führt.